



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/IX/279 - 9.12.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 1831-33
Fernschreiber 039890

Bonn und der Vorstoss von Mendés-France	S. 1
Russische Demarche in Schweden	S. 3
Gestellte Verleumder	S. 4

Paris - Bonn - Moskau

sp. Die Tatsache, dass in knapp einer Woche Dulles, Eden und Mendés-France die Russland-Politik ihrer Länder abermals aufeinander abstimmen wollen, entwertet die gegenwärtige Spekulationen über Hintergründe und Absicht des letzten überraschenden Vorstosses des französischen Regierungschefs in Moskau einigermaßen. Auch die Frage, wie weit Washington und London vorher unterrichtet waren, und sich erst nachher einverstanden erklärten, verliert unter diesem Gesichtspunkt an unmittelbarem Interesse. Es hat also wenig Sinn, im Augenblick den verschlungenen Pfaden der vielen widerspruchsvollen Vermutungen zu folgen, die in dieser Sache angestellt werden.

Fest steht, dass Mendés-France wieder einmal die Initiative ergriffen hat. Ihr Sinn ist es, grob gesprochen, die Fäden nach Moskau nicht abreißen zu lassen, ob nun das Thema Oesterreich der alleinige Gegenstand der Fühlungnahme ist und die deutschen Probleme nicht berührt werden sind oder ob das Thema Oesterreich als Aufhänger für weiterreichende Gespräche dienen soll. Ziemlich sicher handelt es sich bei dem Vorstoss von Mendés-France um die Belebung des Gedankens der "Parallel-Aktion", d.h. gleichzeitiger Bemühungen um die weitere Stärkung des Westens durch die Pariser Verträge und die Anknüpfung aussichtsvoller Verhandlungen mit der Sowjetunion über einen Ausgleich des alles beherrschenden Gegensatzes zwischen Westen und Osten. Vielen politischen Beobachtern erscheint dies ungeachtet der Haltung des Krenl als eine Aufgabe vergleichbar der Quadratur des Kreises. Auch die Frage, ob dieser Versuch noch einer deutschen Wiedervereinigung gelten

9.12.1954

wird oder ausschliesslich der Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems auf der Grundlage der Spaltung Deutschlands, ist noch nicht beantwortet.

Was aber geschieht in dieser Situation von verantwortlicher deutscher Seite? Statt Frankreich den Vorrang in der Entscheidung über die Pariser Verträge zu lassen, drängte die Bundesregierung, sozusagen ohne nach rechts oder links zu sehen, darauf, so schnell wie möglich wieder, wie schon bei der dann gescheiterten EVG, als erste durchs Ziel zu gehen, unabhängig davon, dass sich die Situation der Bundesrepublik durch die Tatsache der Spaltung Deutschlands radikal von der jedes anderen westlichen Landes unterscheidet. Wieder wird der für künftige deutsche Verhandlungspositionen so überaus schädliche Eindruck hervorgerufen, als ob Bonn an der raschesten Aufstellung einer westdeutschen Armee viel stärker interessiert ist als an der Herausarbeitung einer guten Chance für die deutsche Wiedervereinigung, die doch ganz selbstverständlich das oberste und dringendste Gebot aller deutschen Politik sein sollte. Die Bundesregierung kann sich von allen westeuropäischen Regierungen die starre Haltung, die sie hartnäckig bevorzugt, am allerwenigsten leisten, weil sie nicht für ganz Deutschland, sondern nur für einen Teil unseres Landes handeln kann, weil sie sich immer der Tatsache bewusst sein muss, dass auf der anderen Seite des Eisernen Vorhanges junge Deutsche zum Tragen von Waffen gezwungen werden, die eines Tages gegen Deutsche gerichtet werden können, weil eine Verschärfung der internationalen Situation in erster Linie sich zu Lasten des deutschen Volkes auswirken muss.

Es gibt manche ruhigen, den tagepolitischen Erregungen fernstehende Betrachter gerade auch in angelsächsischen Ländern, die diesen Zusammenhang durchaus erkennen und offen aussprechen. In der zuletzt erschienenen Nummer der "Aussenpolitik" spricht Geoffrey Barraclough, Prof. für Geschichte an der Universität Liverpool, früher Dozent in Oxford u. Cambridge und Verfasser zweier bekannter Geschichtswerke über Deutschland davon, in Deutschland werde die Tatsache übersehen, dass das Land geographisch mit offenen Türen zwischen Osten und Westen stehe. Barraclough unterstreicht, dass "Deutschland ein Land der Mitte ist, das nicht nur mit Frankreich, Belgien und Holland, sondern auch mit den Ländern des Ostens eine gemeinsame Grenze hat. Die Mittellage in Europa bringt aber eine besondere Verantwortung mit sich -".

In der besonderen Lage, in der sich das deutsche Volk eben als Volk der Mitte und als besetztes und zur Zeit gespaltenes Volk dazu befindet, hätte die Bundesregierung die unabweiliche Pflicht, ständig nach Mitteln und Wegen zu suchen, die eine Verhärtung der internationalen Situation verhindern. In dieser Richtung hat die Bundesregierung aber bisher jeden entschlossenen Willen vermissen lassen. Bisweilen wünschte man ihr soviel Initiative, Elastizität und Selbstbewusstsein, wie sie seit einigen Monaten die französische Politik bestimmen und für die der letzte Vorstoss von Mendès-France, unabhängig von seinen Motiven und Absichten im Einzelnen, beispielhaft ist.

Schweden wahrt seine Handlungsfreiheit

KRK. Stockholm

Während der Verhandlungen, die im vergangenen Sommer zwischen der schwedischen und der norwegischen Regierung übereinstimmende Pläne für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit geführt wurden, kam auch die Möglichkeit zur Sprache, die Verkehrswege von Schweden nach der norwegischen Hafenstadt Trondheim auszubauen. Der Ausbau dieser Verbindung ist wichtig nicht nur für den Handel in Friedenszeiten; er ist ebenso wichtig für den Fall, dass Schweden infolge von Kriegsereignissen von Narvik in Nordnorwegen und anderen Verbindungen nach dem Westen abgeschnitten würde. Die Besetzung Norwegens durch deutsche Truppen im letzten Kriege hätte ja auch die Trondheim-Verbindung für Schweden wertlos gemacht.

Nun aber geht man bei der Beurteilung der Machtkonstellation in einem künftigen Kriege offenbar von anderen Voraussetzungen aus; man nimmt an, dass Norwegen nicht von einer dem Lande Schweden feindlichen Macht besetzt würde, sondern als Mitglied des Atlantikpakt von fremder Besetzung freigehalten werden könnte. Wenn Schweden auch für diesen Fall seine Neutralität aufrechterhalten will - eine Neutralität, die möglicherweise den Bedürfnissen des Westens entsprechen würde -, könnte es sich nur um eine bewaffnete Neutralität handeln! Strategisch wichtige Waren könnte es dann wohl nur aus dem Westen beziehen; zu diesen Waren gehören übrigens auch Lebensmittel.

Nun wird bekannt, dass die Sowjetunion gegen die Durchführung der Absicht, die Trondheim-Verbindung auszubauen, in Stockholm eine sehr ernste Demarche eingebracht hat. Der russische Botschafter hat bei der Überreichung dieser Demarche im Frühjahr 1954 verlangt, dass sie veröffentlicht werde. Dieses Verlangen wurde von Aussenminister Undén mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen, dass die Veröffentlichung beim schwedischen Volk eine starke Reaktion auslösen müsste; diese Reaktion könnte eventuell dazu führen, dass das schwedische Volk einen Anschluss an den Atlantikpakt geneigter würde.

^{Sowjet}
Die Russen verlangten von den Finnen, sich dem russischen Protest anzuschließen. Diese Forderung brachte den damaligen finnischen Ministerpräsidenten Törnågren in eine peinliche Lage. Er wollte weder Moskau vor den Kopf stoßen, noch die überlieferte schwedisch-finnische

Freundschaft belasten. Er bat um Bedenkzeit, während welcher Aussenminister Undén die russische Demarche mit der klaren Feststellung zurückwies, dass der Ausbau der Verkehrswege Schwedens nach Norwegen eine innere Angelegenheit Schwedens sei. Ministerpräsident Töbragen konnte sodann in Moskau auf die bereits erfolgte schwedische Antwort verweisen, die einen Vorstoss Finnlands in der vorliegenden Frage überflüssig gemacht habe.

Dieser bemerkenswerte Vorstoss der Sowjetunion wurde der schwedischen Öffentlichkeit bisher vorenthalten. Nun hat die schwedische Zeitschrift "Nattid" (Gegenwart) Gegenstand und Einzelheiten der russischen Demarche veröffentlicht, und die schwedische Presse weist darauf hin, dass sich die Veröffentlichung auf besonders autoritative Quellen stützt. Aussenminister Undén hat auf die Frage nach der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Angaben jede Antwort verweigert. Er wünscht also nicht, sie zu dementieren.

+ + +

Verleumder gestellt

Aus Frankfurt wird uns geschrieben:

Wieder einmal wurden zwei Verleumder der SPD vor Gericht gestellt und moralisch derartig gestäubt, dass ihnen nichts übrig blieb, als Abbitte zu leisten. Im Bundestagswahlkampf hatten die katholischen Pfarrer der Gemeinde Altmittlau und Umgebung den Kolpingsverein mobilisiert, um eine sozialdemokratische Versammlung zu terrorisieren. Einige Dutzend sozialdemokratischer Wähler saßen den 500 CDU-Anhängern gegenüber, die die Versammlung, in der der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Altmaier sprach, auf ein beispielloses niedriges Niveau herabdrückten und in einen Sumpf von Verleumdungen und Beschimpfungen gegen die SPD verwandelten.

"Solange die SPD besteht, hatte sie nichts mit Kultur zu tun, hat die SPD nur Verbrechen und Landesverrat am deutschen Volk begangen! Wer mehr darüber hören will, der komme morgen früh in die Kirche!" sagte u.a. der Pater Schwan. Ermutigt durch solche Reden trat dann ein Chemiker Wentzel auf, der seine von Goebbels und Streicher gelernten Weisheiten wieder auftischte. "Der Jude Karl Marx, genannt Moráchat, der Jude Hilferding, der dem deutschen Volk die Inflation bescherte, der Schulrat Kurt Löwenstein, der

SPD-Pressedienst

P/IX/279

- 5 -

9.12.1954

Berlin mit den Kindern Nacktkultur trieb und sie sexuell versuchte, sind alles Verbrecher und Lumpen". Das waren so einige wenige Blüten dieses Unverbesserlichen und des Pater Schwan. Die Kolpingsfamilie in Altenmittlau konnte zwar die sozialdemokratische Versammlung nicht sprengen und musste selbst das Schlusswort des Referenten anhören, sie entschädigte sich aber dafür, indem sie am Schluss das Deutschlandlied brüllte.

Vor dem Schöffengericht in Gelnhausen hatten sich nun Pater Schwan und der Chemiker Wentzel zu verantworten. Zwar bewahrte sie das Amnestiegesetz vor der gerechten Strafe. Der Parteivorstand der SPD hatte jedoch auf der gesetzlichen Feststellung der Tat bestanden. End sie wurde festgestellt, trotz der siebzehn Entlastungszeugen, die die Angeklagten angeboten hatten, und die alle in baineahe identischen Worten ableugneten, irgendeine der verleumderischen Äusserungen gehört zu haben.

Klar und deutlich liess das Gericht erkennen, dass es keinem Entlastungszeugen glaube, hingegen jedem Wort, das der Abgeordnete Altmaier und die beiden SPD-Zeugen ausgesagt hatten. Um die Zeugen nicht vereidigen zu müssen, riet der Gerichtsvorsitzende, die Angeklagten mögen durch eine Schuld- und Reueerklärung den Kläger zur Zurücknahme der Verleumdungsklage bewegen. Der Rechtsverteidiger der Angeklagten, der hessische Landtagsabgeordnete Dr. Canker, stimmte dem Vorschlag zu. Die Angeklagten gaben eine reumütige Bekennerklärung ab, in der sie bekannten, keine ihrer Behauptungen und Verleumdungen gegen die SPD, gegen Hilferding, Löwenstein und Karl Marx entspreche der Wahrheit. Sie bedauerten ihre Äusserungen und nahmen sie als unwahr zurück. Geschlagen und gerichtet verliessen die Angeklagten und ihre Zeugenanhänger den Gerichtssaal, diesmal ohne Gesang.

+ + +

Verantwortlich: i. A. Peter Haunau